

PRESSEMITTEILUNG #524–27.02.2023

*Martin Habersaat und Sophia Schiebe*

## **Verstummt die Musik an unseren Schulen?**

*In zwei Kleinen Anfragen (20/633 und 20/639) haben Martin Habersaat, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, und Sophia Schiebe, kultur-, kita- und hochschulpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, die Situation der Musiklehrkräfte und des Musikunterrichts in Schleswig-Holstein erfragt. Das Ergebnis muss alle erschrecken, denen an einer musikalischen Bildung im Lande gelegen ist:*

**Martin Habersaat:**

„Die Musik an den Grundschulen droht zu verstummen. Laut Lehrkräftebedarfsprognose tool müssten bis 2032 ganze 973 Musiklehrkräfte für unsere Grundschulen eingestellt werden. Die Studierenden an unseren Hochschulen könnten sieben Prozent dieses Bedarfs decken. An den Gemeinschaftsschulen liegt dieser Wert bei 31 Prozent, an den Gymnasien bei 39 Prozent. Wir haben immer weniger ausgebildete Musiklehrkräfte an den Schulen, an manchen Schulen gar keine. Diese werden vom Bildungsministerium aber dafür verantwortlich gemacht, die notwendige räumliche und sächliche Ausstattung an ihren Schulen für den Musikunterricht durchzukämpfen. Dass das nicht funktioniert, ist vielerorts zu besichtigen. Selbst wenn Grundschulen dann Seiteneinsteiger\*innen für den Musikunterricht gewinnen können, finden diese dann häufig weder eine andere Musiklehrkraft noch einen Musikraum vor.

2026 wird das Recht auf Ganztagsbetreuung an den Grundschulen in Kraft treten. Die Kritik, dass es die Landesregierung mit der vorbereitenden Arbeitsgruppe nicht so ernst nimmt - die letzte Sitzung fand im Sommer 2021 statt - haben wir schon oft geäußert. Aber es wird auch wichtige Expertise missachtet, wenn der Landesmusikrat und die Musikschulen schlicht außen vor gelassen werden.

In fünf Kreisen (Dithmarschen, Steinburg, Stormarn, Herzogtum-Lauenburg und Schleswig-Flensburg) gibt es an den Beruflichen Schulen keine Musiklehrkräfte. In weiteren drei Kreisen bzw. kreisfreien Städten (Kiel, Nordfriesland, Ostholstein) nur eine einzige. Das bedeutet, dass dort ausgebildete Erzieher\*innen und Sozialpädagogische Assistent\*innen keinen Musikunterricht erhalten.“

**Sophia Schiebe:**

„Wenn angehende Kita-Kräfte nicht die Anleitung zum Singen oder zum Erarbeiten von Liedern erlernen, wird bereits die musikalische Entwicklung in jungen Jahren immer stärker abhängig vom Bildungsstatus der Familie und von Musikschulen.

Die Landesregierung scheint die Bedeutung der Musikschulen im Land völlig zu verkennen, wenn sie schreibt, diese seien ‚ein wichtiger Baustein dafür, dass das Interesse der Kinder und Jugendlichen an der Musik gestärkt und die musikalische Ausbildung der Kinder und Jugendlichen gefördert wird‘. In der Realität ist es doch so: Ein Abiturzeugnis allein reicht schlicht nicht, um an einer Hochschule Musik zu studieren. Wer also nicht privaten Musikunterricht genommen hat, wird niemals Musiklehrkraft werden können. Die Studienvorbereitung im Musikbereich findet in erheblichem Maße außerschulisch statt. Die Musikschulen brauchen deshalb eine deutliche Anhebung der Landesförderung, eine Dynamisierung

und das ihnen im Koalitionsvertrag zugesagte Musikschulfördergesetz - und zwar schnell. Dieses muss zwingend auch die Studienvorbereitung und darf nicht nur die Breitenförderung im Blick haben.

Es ist ein Armutszeugnis, dass es für angehende Musiklehrkräfte für weiterführende Schulen in Schleswig-Holstein nicht möglich ist, ein anderes Zweitfach als Mathematik zu studieren. Das führt in der Konsequenz entweder dazu, dass diese sich gleich für ein anderes Studium entscheiden oder ihr Zweitfach in Hamburg studieren und im Anschluss dort helfen, den Fachkräftemangel zu lindern. Das ist im Sinne der norddeutschen Kooperation zu begrüßen, aber Landesregierung, Musikhochschule und CAU sind dringend aufgerufen, zu diesem Thema noch eine bessere Lösung herbeizuführen.“